

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
33 (1919)**

266 (13.11.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-41817](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-41817)

33. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat (einschl. Bringerlohn) 2.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 2.20 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6.30 Mark, monatlich 2.10 Mark auswl. Beleggeld.

Republik

Preis 15 Pf.

Bei den Inserenten wird die einpaltige Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Klüppel-Wilhelmsboden und Umgebung, sowie der Zylinder mit 45 Pf. berechnet, für unwürdige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamzeile 2 Mark. Plakatverträge unermittelt.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 13. November 1919 * Nr. 266

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 1068

Fliegen über Deutschland.

Der polnische Arbeiterführer, Genosse Fliegen, der neuerdings Deutschland besucht hat, gibt im polnischen Parteiprogramm der Volk eine ausführliche Darstellung seiner Eindrücke. Da Fliegen ein guter Kenner der deutschen Parteiverhältnisse ist und sich eine große Objektivität beifügt, werden manche seiner Ausführungen auch bei uns Interesse finden. Genosse Fliegen schreibt:

Das deutsche Volk hat sein Gleichgewicht verloren. Es sieht keinen Ausweg und in seiner übergroßen Wut hat es den Weltzustand jemandem angenommen, der denkt: es ist nun doch alles zum Zerfall, ferner, was will, aber las mich selbst möge ich in Ruhe. Es ist nicht ausschließlich eine Frage von Essen und Trinken; ich möchte betonen: es ist nicht in der Hauptfrage die Fragefrage, Menschen und Maschinen, die materiell genügend versorgt sind, sind wenigstens ebenso unglücklich gegen alles und gegen alle Äußerung, wie der arme Proletariat. Es herrscht ein Geist der Feindschaft von allen gegen alle. Hier weht der Wind des Bürgerkrieges, der zum Bürgerkrieg führen muß, wenn die Dinge nicht umkehren und das Vertrauen in die Zukunft nicht wiederkommt.

Unter diesen Umständen ist eine starke Regierung erforderlich, die weiß, was sie will, und gestützt auf das Vertrauen der Masse oder wenigstens einer großen Masse, heldend eingreift. Aber eine starke Regierung kommt nicht dadurch zustande, daß einige kluge Leute das Aushalten in die Hand nehmen. Dazu ist auch eine bestimmte Meinung der Masse notwendig. Dies muß nicht allein das Vertrauen haben, daß die Parteien gut ausgeführt sind; es muß auch den Glauben haben an die Möglichkeit, daß die Menge in Ordnung zu bringen ist. Es ist aber, als ob gar kein Volk mehr vorhanden wäre. Es gibt nur noch Individuen, die ausschließlich noch an sich selbst denken. Es herrscht ein Minimum von „Gemeinschaftsgeist“ und ein Maximum von Egoismus. Die Mittel bestehen, um sich andere ökonomisch zu unterwerfen, diesen Zustand auszuheilen können und das auch nach Kräften tun. Dagegen gibt es nur ein Rettungsmittel: eine geschlossene autorisierende Arbeiterklasse, die ihre ökonomische und politische Macht gebraucht und die gesellschaftliche Organisation und die nationale Wiederherstellung in die Hand nimmt.

Aber die geschlossene Arbeiterklasse ist nicht vorhanden. Der Geist der Anarchie geht auch unter dem Proletariat um; wilde Streiks hören nicht auf, ihre Ausschließlichkeit führt zu Gewalttaten. Wenn die Regierung unglücklich sein muß, da die Organisationen der Menschen nicht in ihrer Hand haben. Als Hilfering auf der Lagerung konzentriert sich hinter jeder Partei der Masse besagte, fragte ich Bernheim, was er getan haben würde, als ausschließliche Elemente daran gingen, die Bergwerke zu zerstören, wie es in Westfalen der Fall war. „Hätten Sie es nicht lassen?“ Auf die Frage kam, wenn er auch nur eine Spur von Verantwortlichkeitsgefühl hat, eine befriedigende Antwort geben. Das tat auch Hilfering nicht. Er tat so, als ob es nicht feststehe, daß man hätte Bergwerke zerstören wollen. Aber doch Streikende oder gewalttätige Elemente, die sich unter die Menge, bereits mit solcher Zerstörung begonnen hatten, stellt der Fall außer Zweifel. Haben wir nicht die gewalttätige Bestimmung des Vorwärts und anderer Zeitungsgebäude eine Aufgabe. Säfte man die Gebäude in den Händen der bemuteten Wunden lassen sollen?

Wie es auch sei: das Volk ist durchdrungen von einem anarchischen Geist. Dies ist zum Teil auch eine Reaktion gegen den früheren Polizeistaat. Ein Volk, das sich in einem solchen Geisteszustand befindet, bildet keine starke Regierung, oder die Regierung muß sich ihre Kraft wieder schaffen durch Unterwerfung, und das kann dann eine Aufgabe sein, die dem früheren Zustand. Das also die republikanische Regierung eine ziemlich schwache Regierung ist, liegt nicht an den Personen, sondern in der Art der Sache. Die Schwäche aber, das Gefühl der Unfähigkeit, das dadurch entsteht, sowohl bei der Regierung selbst, wie im Volk, beruht auf einer Nervosität, die schon für sich eine Gefahr ist.

Dies ist denn auch in der Tat der stärkste Eindruck, den Berlin gibt: die Stadt ist nervös. Und wie alle stark nervösen Naturen ist sie geneigt, von einem Extrem in das andere zu fallen. Die meisten Streiks sind ein Symptom davon, die stärkste Sucht nach veränderten Verhältnissen und ein anderes Symptom. Die sozialistische Bewegung ist die stärkste in den Spartakusversammlungen, die größte Sprache der Antikommunisten, das Vertrauen gegen jeden und jedes, die tolle Geldverleumdung auch von Menschen, die wirklich nicht über einen menschlichen Geldbeutel verfügen — das alles sind Erscheinungen derselben Art.

Die Nervosität ist auch in Regierungskreisen zu spüren. Auch dort ist das starke Gefühl der Unfähigkeit, das häufig zu Taten führt, die der weiteren Überzeugung anders anstellen würden. Dieses Argument der starken Nervosität wird von vielen mißbilligt als nicht einwirkend in die demokratische Regierung. Aber der heute Regierenden liegt die Idee nahe, die man nicht preisgeben darf, da so bitter wenig nötig ist, um das Land wieder in Feuer und Flamme zu versetzen. Tatsache ist es, daß es heute wieder ein Gefühl, jede auch noch so kritisch getrimmte Verleumdung umzulernen. Dafür, daß er sein System annehm-

vor zu machen versteht, spricht es, daß er stets wieder seine Gegner zu überlegen weiß, daß sein Auftreten durch die Tatsachen begründet ist.

Das Unangenehmste ist die Lage der Unabhängigen. Ein ausländischer Professor fragte mich einst, wie es in Holland mit der Sozialdemokratie stünde, und als ich in optimistischem Sinne antwortete, meinte er ironisch lächelnd: „Ich habe noch nie einen Politiker auf die Frage, wie es mit seiner Partei stünde, anders antworten hören, als daß es sehr, sehr gut stünde.“ Wenn dieser, in der Wut geführte Professor an einen der Leiter der deutschen Unabhängigen dieselbe Frage richten würde, so dürfte seine Erfahrung höchstwahrscheinlich eine andere sein. Sie sehen

Meldungen vom Tage.

Frankreich hat mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen begonnen. Die ersten Züge sind in Deutschland eingetroffen.

Aus Versailles wird gemeldet, daß der Dritte Rat endgültig die Bitte von 600 auf Grund des Friedensvertrages anzuliefernden Deutschen festgesetzt habe.

Nach einer offiziellen Erklärung ist die diesjährige deutsche Brotgetreideernte günstiger als die vorjährige. Dagegen bleibt die Kartoffelernte wesentlich zurück.

Die österreichische Regierung hat das Ersuchen der bayrischen um Auslieferung des Kommunisten Lewent endgültig ablehnend bejehet. Lewent bleibt in Oesterreich interniert.

Der Verkehrsminister Dr. Bell erklärte einem Berliner Blatt, daß auch nach dem 15. noch die einschneidenden Verkehrsbeschränkungen bestehen bleiben. Nur der dringende Personenverkehr wird schrittweise werden.

Die Sache des linken. Eine starke antiparlamentarische Strömung tritt an der einen Seite, und auf der anderen ist eine ziemlich starke Gruppe, wieder mit der Mehrheitspartei in Verbindung zu kommen. Aber wodurch alle eins sind, ist dies, daß weder der eine noch der andere Standpunkt eingenommen werden kann, ohne daß die Partei auseinanderfällt. Der linke Flügel steht sehr dicht bei den Spartakisten, der rechte noch näher bei Scheidemann, und die mittlere Gruppe unter Hilferings Führung steht am allermeisten unerschütterlich. Solch eine Stellung bringt unermittlich eine Lösung mit sich.

Während des Krieges haben die Unabhängigen ein gutes Werk getan, ihnen kommt die Ehre zu, den Friedensvertrag in Deutschland in der großen Masse unwillkürlich gemacht zu haben. Aber nun die Zeit des Wiederaufbaues gekommen ist, so treten sie keine Einheit und keine Macht, Kraft und Herrschaft mehr zu haben, bereits von ihnen ab, obwohl sie noch auf der Mittelstraße stehen. Genosse Bernheim ist nicht mehr Mitglied der Unabhängigen! (Red.) Die Freiheit lebt von den stetigen Angriffen auf die Regierung, und von dem Kampf gegen eine vorläufige und ungewisse Konterrevolution. Die täglich stattfindende Lage, die eine Vorbereitung für einen Parteikongress sein sollte, war ein Muster von Verwirrung und Unsicherheit. Was bekam hart den Eindruck, daß die bedeutendsten Führer über die Politik der Mehrheitspartei gänzlich denken, als sie es nicht klug sahen. Oder besser, sie erkennen, daß eine ganz andere Politik wohl wünschenswert, aber nicht möglich ist. Was auf daselbe hinauskommt.

Sowohl Genosse Fliegen, der was Kameradschaft ist, während des Krieges auf Seiten der deutschen „Unabhängigen“ stand und von Holland aus die Politik der deutschen Mehrheitspartei für falsch erklärte. Er dürfte also insbesondere in Bezug auf die Bemerkungen über die „Unabhängigen“ ein einwandfreier Richter sein.

Heimkehr aus Frankreich.

Nach einer Meldung des Wolffsche Bureau haben die Franzosen mit der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen begonnen. Der erste Zug ist gestern in Gien eingetroffen. Der weitere Abtransport ist jedoch inzwischen völlig wieder eingestellt worden. Die Gründe hierfür sind noch unbekannt. Jeht gefasste Lage, die bereits an der deutschen Grenze angefangen waren, erhielten Befehl zum Stillen. Ob diese Maßregel von längerer Dauer sein wird, oder nur vorübergehender Natur ist, muß sich bald zeigen. Das letztere wäre dringend zu wünschen. Wir vernehmen auch auf die in der heutigen Ausgabe veröffentlichte Note der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit.

Getreide gut - Kartoffeln schlecht.

Wie uns heute ein Telegramm aus Berlin meldet, ist nach einer Erklärung der zuständigen Anstalten das Bild der diesjährigen Ernte im Verhältnis zu der des Vorjahres folgendes: Der Brotgetreide wurden 16,54 Millionen Zentner geerntet, gegen 10,27 Millionen im Jahre 1918. An Getreide steht es mit den Kartoffeln und den übrigen Hackfrüchten. Vier gegen die diesjährige Ernte 16,4 Millionen, die vorjährige 18,7 Millionen Zentner.

Die Gemeindevahlen in Oberschlesien.

Das Gesamtresultat der ober-schlesischen Gemeindevahlen (Stadtverordneten) läßt sich dahin zusammenfassen, daß das Zentrum und die Mehrheitspartei große Stimmenerwartungen hatten, dagegen die Polen überall mit einem Stimmengewinn rechnen können, besonders in den Randgebieten. Die Wahlbeteiligung betrug zum 60 Prozent, selten darüber. In Mysłowitz wurden gemeldet 16 Wahlen und 14 Deutsche, in Katowitz 33 Deutsche und 8 Polen, in Beuthen 30 Deutsche und 16 Polen, in Glatz 84 Deutsche und 11 Polen, in Königshütte 31 Deutsche und 20 Polen, in Raurach 7 Deutsche und 6 Polen, in Silesienburg dagegen 21 Wahlen und 15 Deutsche.

Nach dem Versailler Friedensvertrag ist die Volksabstimmung gemeindefreie vorzunehmen und bei der Festlegung der Grenzen ist neben dem Willen der Bevölkerung auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortsteile zu berücksichtigen. Daraus also, daß bei den Gemeindevahlen die Städte große deutsche Mehrheiten und das Land polnische Mehrheiten aufzuweisen hat, kann man noch keine Schlüsse auf das allgemeine Schicksal Oberschlesiens ziehen. — Wie wir allerdings schon gestern mitteilten, behält der Dritte Rat in Paris, die Wahl als unglücklich zu erklären, da vor der Volksabstimmung in Oberschlesien keine Wahlen stattfinden dürfen.

Das Ende einer Verleumdung.

Durch die unmaßgebliche Kreise ging der einseitige Bericht über die Meldung, daß Genosse Seiner in der Preussischen Landesversammlung am 2. Oktober erklärt habe: „Wenn die Eisenbahnerhandwerker die Arbeit nicht freiwillig aufnehmen, werde ich sie dazu zwingen.“

Unter Pallenfer Begriffsverständnis hat besprochen an Genossen Seiner eine Anfrage gestellt, und von ihm am 4. November die folgende Antwort erhalten, daß er eine derartige Behauptung niemals getan hat. In Wirklichkeit hat Genosse Seiner auf das Verhalten der Bergarbeiter hingewiesen, die sich vielfach erboten haben, Ueberflüsse und Sonntagsschichten zu befüllen, um der notleidenden Bevölkerung Arbeitsnachhilfe zu leisten. Diese Vorschläge konnte jedoch nicht ins Werk gesetzt werden, solange es an Eisenbahnmateriale fehle, um die Maschinen abzufahren. Genosse Seiner hat darauf hingewiesen, daß es unter solchen Umständen keine Schande sein würde, die Eisenbahner aufzufordern, auch ihrerseits freiwillig Arbeit zu leisten, die natürlich besonders befaßt werden soll. Von der Anwendung irgendwelcher Zwanges ist jedoch keine Rede gewesen und alle derartigen Behauptungen sind ökonomische Entschuldigung und Verleumdung.

Amerikanisches Recht.

Eine Meldung aus Amsterdam berichtet: Die Nazis auf radikale Agitatoren in Groß-Bremen bauen an. Es wurden über 1000 Personen verhaftet, darunter der bekannte irische Arbeiterführer Jim Larkin. — Laut Göttinger Zeitung, wo magist das amerikanische Justizdepartement bekannt, daß die Nazis der Beginn von Wahrsagen im ganzen Lande seien, und die durch die Abnahme der Arbeitslosigkeit hervorgerufenen sozialen Misere zu beseitigen zu helfen. Es werden Tausende von Personen aus Amerika ausgewiesen.

Dringende Vorstellungen in Paris.

Die gestern erwähnte Note der deutschen Regierung in der Gefangenfrage hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Am 29. August wurde durch amtliche Veröffentlichung der Agentur Havas mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages, sowie er den Willens der Regierungen betrieft, herzugeben. Eingeklagt war, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport unüberzüglich beginnen würden. Die Gefangenfrage der in amerikanischer, belgischer, englischer und italienischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen sollte seit dieser Zeit ein. Sie hat im allgemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sich allerdings, wenn auch insofern das bestehende Kriegsrecht an Schicksal nur langsam, die Rückkehr der Deutschen aus der Gefangenhaft in den überseeischen Ländern vollständig vorbereitet. Die französische Regierung allein verhält sich den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich zwar auf Drängen der deutschen Regierung und die vorange, zeitlich nichtigen Empfehlungen entsprechende Schritte des internationalen Komitees von Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimförderung der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen sollte. Frankreich hat seitdem den Friedenszustand für Frankreich in durch amtliche Erklärung hergestellt und damit der Zeitpunkt für die Erfüllung der Forderung gekommen. Was immer aber werden die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die Rückkehr der Gefangenen, so, sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wenn deren Heimkehr werden kann. Auf niemand können diese Leben von über 400 000 Menschen, zum Teil seit langen Jahren das bittere Los der Gefangenhaft tragen, ihren tiefen Eindruck verhehlen. Der zweite Winter seit Ausbruch der Feindseligkeiten nicht mit seiner Härte und Entbehrungen haben ihre glücklichen, aus amerikanischen, belgischer und englischer Gefangenhaft der Freiheit zugewandten Kameraden an sich vorbeiziehen lassen müssen, ohne selbst auch

Nur einen schwachen Ausblick auf die Stunde ihrer Befreiung zu erhalten. Das Wort der Genügsamkeit und Zermürung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Anfang des Jahres fortwährend vergehenden Monaten in ärmlicher Erwartung des Friedens vollendet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Wer sich nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht nur die Briefe von Gefangenen zu lesen, aus denen in ergreifender Weise die endlose Qual entsetzlicher Gefangenschaft ersieht. Man darf sich über die ungeliebten Gefangenen nicht wundern, die die Verhältnisse der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und Gelegenheit haben, die Stimmung im Lande zu ermitteln, können die französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß die Welt über die Rechte der Kriegsgefangenen der Kriegsgefangenen hinins im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung über die Sinausführung der Heimführung der Kriegsgefangenen aufs äußerste gelitten ist. Das deutsche Volk kann die Sinausführung der französischen Regierung, die es als grausame Sünde empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, macht ständig, da es sich von Monat zu Monat in seiner Hoffnung auf die Wiederkehr seiner Heimat gestärkt sieht. Die deutsche Regierung fördert diese Enttäuschung um so mehr, als gleichzeitige die immer häufigere Besetzung des Volksworters durch immer mehr militärische Kreise in Frage gestellt ist. Ein Volk, an dessen Schicksal die deutsche Regierung der Kriegsgefangenen eine der wichtigsten Aufgaben hinsichtlich aller gefassten wird, vermag nach all dem Schmerz, was es erdulden mußte und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr viele neue Leistungen zu erbringen; sie muß unersättlich auf einen neuen Schicksal der Welt warten, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Zukunft mit dem gemeinsamen Wiederkauf der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so notwendig bedarf. In der Durchführung unserer Gefangenen, die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausdringt, erfüllt die deutsche Regierung eine schwere Pflicht. Sie hat es für ihre Pflicht, nicht nur mit tiefstem Ernst und feierlich vor aller Welt darauf hinzuwirken.

Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam machen: Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und schon vor seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung bis an die Grenzen der Möglichkeit bemüht, den schweren Friedensbedingungen zu entsprechen. Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitestgehendem Entgegenkommen bereit gefunden, nachdem von autoritativer Seite ihren Vertretern ausdrücklich versichert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimführung der Gefangenen einen günstigen Einfluß haben werde. Will wollen Recht plaust die deutsche Regierung, daß die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegenkommenden Geiste gelöst wird, und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wiederzugeben werden.

Scheidemann-Worte.

Genosse Scheidemann hat anlässlich des Revolutionsgedenktages im Hamburger Echo einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt wir hier wiedergeben. Er lautet:

Die im Proletariat stehende Kraft, die gesammelt nirgendwo in der Welt höher ist als in der Tat umgesetzt werden können als in Deutschland, kam in der Revolution eigentlich nicht zur Geltung. Der Grund der Sollen ist die Revolutionierung nicht die Revolutionierung sich gebende Arbeiter und Arbeiterorganisationen an die soziale Kraft und umfassen die Massen. Die Volksglieder, die bisher die wenigsten Rechte gehabt hatten, oder Hoffenbegriffe Gabe wurden zu den wahren Schreibern. Das Schloß der herrschenden Klasse. Alle Macht den Arbeitern. Die Arbeiter der Revolution. Das ist die Aufgabe. Wer sich nicht für die Arbeiterkraft einsetzt, von der 99 von 100 Arbeiter nicht wissen, was darunter zu verstehen ist, wurde als Verräter bestraft.

Seit einseitig freudig und zukunftsreich am Neubau der Gesellschaft zu wirken, schlugen sich die Arbeiter gegen die Arbeiter an. Und die Arbeiter der Revolution sind ein an die Ladenden Wirten dabei und registrieren und registrieren für ihre Agitationen. Die sammeln alle Kräfte und werden in der Reichweite. Neue Schichten des Proletariats aber führen sich wand und mit dem Schluß und Schlußworten: Vertreter! Blühend! Arbeiter!

Summa summarum: Das militärische Proletariat ist infolge der Unzufriedenheit und des verlorenen Krieges zusammengebrochen. Die politische Einheit des Proletariats aber ist gewaltsam zerfallen worden. Durch diese Streiks, in die sich die Arbeiterkraft aus sich selbst heraus zu organisieren beginnt, und durch gewisse Bestimmung und Veranlassung werden die Arbeiterorganisationen sich als die gewerkschaftliche Organisation getrennt. Wenn die Arbeiter nicht bald zu der Einheit kommen, daß nur Einheit stark macht und daß nur auf dem Boden der Demokratie der Sozialismus erzieht werden kann, dann wird bald mehr verloren sein als das, was durch die Revolution gewonnen werden ist.

Proletarier Deutschlands, seht Euch auf Euch selbst! Denkt an die jahrelange, mühsame Arbeit zum Ausbau Eurer politischen und wirtschaftlichen Verbände! Nehmt, wo es darauf ankommt, die Macht der Organisation anzuwenden, lehnt die politische Reaktion, daß diese Organisationen veraltet, daß sie nicht starke Verbände im Kampf gegen den Kapitalismus sind, sondern Drahtseile auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats. Die Diktatur würde zum vollkommenen Vankrott des Sozialismus führen und die soziale Revolution des Proletariats herbeiführen. Seht nach Aufstand, seht nach Unmut! Ihr habt die Wahl: Entweder stehen wir am Beginn einer neuen Zeit, die die Weltarbeit schafft, kulturell und politisch vorwärts zu kommen, die Möglichkeit auf demokratischer Grundlage organisch weiterzuentwickeln und so zum Sozialismus aufzusteigen, — oder wir treiben einen Abgrund zu, in dem wir unsere Zukunft in einem Meer von Schlangengenen ergehen können. Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid!

Politische Rundschau.

Ein bürgerliches Volk gegen Sozialdemokratie und Sozialismus. In der Reichstags- und Landesparlamenten schämen am Freitag die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag ab, das Gesetz über die Kommunalisierung der Wasserwerke Charlottenburg durch Vorlage an den Reichstag zu bringen, damit es dort und in der Nationalversammlung im Einklang mit der Reichsverfassung verabschiedet werden könnte. Das Gesetz selbst verurteilten sie in überlicher Weise. Der gegenwärtige liegen sich auch die christlichen Arbeitervereine zu diesem Spiel mitführen. Die Mehrheit des Hauses hat danach in der zweiten Lesung der Regierung ihr Gesetz gestiftet und so die Güte genoren.

Kauisch zum Weltkrieg. Gleichgültig mit der Veröffentlichung des von Genossen Kauisch zusammengestellten amtlichen Almanachens wird unter dem Titel: „Der Weltkrieg entzweit“ im Verlage von Carl Cassirer, eine Schrift von Kauisch erscheinen, die eine eingehende Darstellung der Vorläufer enthält, die zum Weltkrieg geführt haben. Die Darstellung beruht auf dem amtlichen Material.

Eine Bitte der deutschen Landtagsfraktion. Unsere Fraktion in der preussischen Landtagsversammlung wird in letzter Zeit mit Petitionen und Anfragen von Kreis- und Kreisvereinen der verschiedenen Organisationen, besonders der Bauernverbände, überschüttet, welche sich häufig auf dieselben Gegenstände be-

ziehen. Die Fraktion bittet daher, solche Petitionen nicht selbstständig, sondern nur durch Vermittlung der Zentralorganisationen an sie gelangen zu lassen.

Politische Notizen. Unter Führung des Generals Hoffmann ist die interalliierte Patrouille in Marnaschlucht nach dem Osten abgezogen. — Die Verhandlung über die Befreiung der Privatgefangenen, über die wir schon berichteten, ist erfolgt. — Der Jahreskongress der Revolution in Wien wurde dort am 8. vielfach durch Streikbewegungen gestört. Inzwischen sind die Verhandlungen über die Befreiung der Privatgefangenen in Wien am 10. November 1918. Der Berliner Professor Ely-Locherer, der kommunistischen Ideen huldigt, ist von den Deutschnationalen, die denen er Parteimitglied war, ausgeschlossen worden. — In den östlichen Gemeindegemeinden hat die Arbeiterpartei einen glänzenden Erfolg erzielt, wie bei den englischen Gemeinderäten. Sie hat Hunderte von Sitzen erungen.

Frankreich.

Der französische Volkswort. Frankreich steht vor der Erneuerung seines politischen Lebens durch Neuwahlen für alle politischen Körperschaften des Landes. Die Wahlen für die Abgeordnetenkammer finden am 18. November statt. Ein zweites Wahlgang wird am 26. November folgen für diejenigen Wahlkreise, in denen der Wahlvortrag nicht erreicht wird oder die Zahl der Abstimmenden die Hälfte der eingeschriebenen Wähler nicht übersteigt. Die 11. Legislaturperiode wird am 7. Dezember ihr Ende finden. Die 12. wird am 8. Dezember beginnen. Es folgen die Gemeinderatswahlen am 30. November. Ein zweites Wahlgang findet am 7. Dezember statt. Am 14. Dezember werden die Bürgermeister und Polizeipräfecten, sowie die Delegierten zu den Senatwahlen gewählt werden. — Die Generals- und Kronratensitzungen (Justiz- und Arbeitsrat) werden ihre Regelmäßigkeit am 14. Dezember, an dem der erste Wahlgang, und am 21. Dezember, an dem der zweite Wahlgang vor sich geht, finden. Nach der Senat wird ein großer Teil erren verlegt. Es finden Neuwahlen für die Serien B und C und für einen Teil der Serien A statt, und zwar am 11. Januar kommenden Jahr. Den Schlußstein bildet die Präsidentschaftswahl zwischen dem 17. Januar und dem 8. Februar. Das politische Bild, das Frankreich nach diesen Wahlen bieten wird, kann ein vom heutigen grundverändertes sein. Es läge im Interesse der nach Ruhe und Frieden strebenden europäischen Menschheit, wenn Nationalismus und Militarismus, die Frankreich gegenüber befeindeten, den auch in französischen Völkern vorhandenen humanen Bestrebungen unterliegen. Dann hätte der Weltkrieg, der die soziale Weltverwirrung noch hat Vorkriegszeit einer glücklicheren Zeit bedeutet. Der große Kampf wird unter der Flagge: die Sozialismus und Pazifismus — die „nationaler Weg“ angesetzt werden; wird der sozialistische Gehalte in dem bürgerlichen Frankreich die Kraft sich durchzusetzen besitzen, das ist die große Frage.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Arbeitergemeinschaften. Seitdem der Arbeiterkampf auch in den Gewerkschaften Platz genommen hat, wird von seiten der Opposition lebhaft gegen die im November 1918 abgeschlossene Arbeitergemeinschaften Sturm gelaufen. Man bezeichnet sie plattweise als Mittel zur Abschließung des Klassenkampfes und ihre Urheber als Verräter an der Arbeiterbewegung. Das Bild der Gewerkschaften in die soziale Revolution vorzubereiten und durchzuführen. Auf dem Wege der Gewalt ist das aber, wie die Beispiele England und Ungarn zeigen, nicht möglich. Nur auf dem Wege der Verständigung kann die Entwicklung planmäßig und zum Wohle der Arbeiterkraft gefördert werden. In den Arbeitergemeinschaften sind Unternehmen, die Arbeiter in wirtschaftlich zusammengefaßten Organisationen, um über die Arbeits- und Lohnbedingungen, sowie über alle anderen die Produktion betreffenden Fragen zu beraten. Diese Politik ist die gradlinige Fortsetzung der von den deutschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten verfolgten Taktik. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Arbeiterkraft großen Nutzen davon hat, wenn auch einige kleine Nachteile mit in Kauf zu nehmen waren. In der Hauptsache aber ist der Arbeiter durch vorwegnehmen wirtschaftlichen Maßnahmen des Unternehmens geschützt. Die Gefahr der Arbeitergemeinschaft, unter unentgeltlichen Revolutionäre, erbschanden wie geklagt „Arbeiterverrat“ und eine Abschließung des Klassenkampfes in diesen Arbeitergemeinschaften. Sie wollen ganz Arbeit machen und den Kapitalismus mit einem Schlag vernichten. Wie sie das erreichen wollen, wissen sie selbst noch nicht genau, aber sie hoffen, es zu schaffen. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat auf seiner letzten Generalversammlung die Arbeitergemeinschaften abgelehnt und einen revolutionären Arbeiterverband gebildet. Das wird nach die Folge sein, wenn dieser Beschluß in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Auch die anderen Gewerkschaftsführer müssen mit den Unternehmern verhandeln, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen wollen. Die Arbeitergemeinschaften angehängten Unternehmerverbände werden selbstverständlich nur mit den Arbeiterorganisationen verhandeln, die mit ihnen den Vertrag abgeschlossen haben. Man wird also, wenn man auf Arbeiterkräfte die Arbeitergemeinschaften absticht, und die Unternehmer darum nicht verhandeln wollen, zum Streik greifen. Der Streik ist heute aber in den meisten Fällen nicht weniger als eine für den Unternehmer unerwünschte Zusage. Die Kriegsgefahren haben gerade die Metallindustrie in den Stand gesetzt, einen Streik anzuhalten zu können. Auf der anderen Seite aber sind die Arbeiter infolge der wenigen Generalstreiks so irritierbar, daß sie sehr bald über die Köpfe der Führer hinweg betriebsweise mit den Unternehmern verhandeln werden. Ob das für die Feinde der Arbeitergemeinschaften und vor allen Dingen für unsere Gewerkschaften vorteilhaft ist, ersieht man leicht, denn auf diese Weise arbeitet man den kommunistischen Betriebsorganisationen nicht unbedeutend vor. Da der Deutsche Gewerkschaftsbund sich laut Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses auf den Boden der Arbeitergemeinschaft gestellt hat, bedeutet ihre Ablehnung durch eine einzelne Organisation obendrein eine ernste Gefahr für die Geschlossenheit der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das sollten vor allem diejenigen bedenken, die die Arbeitergemeinschaften durch etwas abhaken wollen, zu dem sie selbst noch kein rechtliches Zutreten haben.

Heimliche Hochverräterei.

Von der Hochverräterei Wilhelmshabener-Mitbringen wird uns geschrieben: Die heiligen Zeitungen veröffentlichten in der letzten Zeit verschiedentlich Artikel, in denen die Bestärkung zum Ausdruck kam, daß das Projekt der Wilhelmshabener Hochverräterei nicht zur Ausführung kommen würde. Derartige Artikel sind an und für sich außerordentlich dankenswert, da sie den Reichsbehörden gegenüber eine gute Handbrot darstellen und bringen die heilige Bestärkung eine Hochverräterei hindert und wie sehr sich die Vorkörper bereits in den Gehirnen eingeschleht haben, Wilhelmshabener als blühenden Hochverrätereien zu sehen. — In-

derlei darf jedoch durch derartige Artikel nicht der Glaube erweckt werden, als ob die verschiedenen Stellen es in einer für die Stadt Wilhelmshabener so hochwichtigen Angelegenheit an Energie und Kraftzeit fehlen ließen. Wiederholt war in letzter Zeit Herr Oberbürgermeister Dr. Luken als Mann der verschiedenen Gruppen der neu zu gründenden Gesellschaft mit dem Leiter der hiesigen Hochverrätereien in Berlin, um die Verhandlungen in einem für Wilhelmshabener günstigen Sinne abzurufen. Bei diesen Verhandlungen wurde sehr energisch darauf hingewirkt, daß die Städte Wilhelmshabener-Mitbringen unbedingt auf die Zuteilung einer größeren Anzahl Zimmern bestehen müssen und wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß sich der hiesigen Arbeiterkraft und Bevölkerung eine gerechte Entschädigung bewilligen würde, falls die Regierung ihr mehrfach gegebenes Versprechen auf Zuteilung einer größeren Anzahl von Zimmern nicht einhielt.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Vorkörper teilweise mit großem Widerstand der konfessionslosigen rechnen mußte. Begründet wurde der Widerstand damit, daß sich der Hafen von Wilhelmshabener nicht für die Zuteilung eignet. Erst nachdem die Hochverrätereien übereinstimmend diese Legende widerlegt und erklärt hatten, daß die Wilhelmshabener Anlagen besonders günstig liegen und nachdem sich erweisen hat, daß die Ein- und Ausfahrt im Gegensatz zu anderen Häfen im Winter nicht durch Eisverwehungen behindert werden kann und nachdem die Oberbürgerliche Gemeindevorstand erklärt hat, den Hochverrätereien im allgemeinen Wohnsitz in die Gemeindevorstände zu können, sind schließlich die Reichsbehörden davon überzeugt worden, daß irgendwelche Verhältnisse hindern gegen die Gründung einer großzügigen Hochverrätereien nicht vorliegen. — So könnte man aus den Verhandlungen in Berlin den Eindruck gewinnen, daß die Regierung entschlossen ist, unter Berücksichtigung der Notlage, in die die Städte durch die Verarmung der Marine geraten sind, bezüglich Zuteilung von Hochverrätereien den Städten weitestgehend entgegenzukommen. Ein endgültiger Entschluß hierüber kann jedoch erst gefaßt werden, wenn nach Vollendung des Friedensvertrages eine Weisheit möglich ist, wieviel Hochverrätereien dem Deutschen Reich noch verbleiben.

So jedoch die vorangehende Gründung einer gemeinnützigen Hochverrätereien mit einem größeren Aktienkapital mit ungenügender Kosten verbunden ist, kann die Verantwortung für die Gründung nicht übernommen werden, die einwandfrei feststeht, daß Wilhelmshabener eine größere Anzahl von Hochverrätereien auf die Dauer behält. — Infolgedessen ist die Gründung der in Aussicht genommenen Gesellschaft bis auf weiteres verfallen worden.

Die zur Gründung dieser Gesellschaft hat die bestehende hiesige Hochverrätereien, die hiesigen Hochverrätereien mit den Städten den Ausbau der Hochverrätereien, um bei Gründung der Gesellschaft dieser die Hochverrätereien in betriebsfähigem Stande übergeben zu können.

Gewerkschaftliche ist auch nicht ohne zu sagen ein großes Hochverrätereien geworden und hat sich auch allmählich in seiner jetzigen Größe entwickelt. Wenn man bedacht, daß Wilhelmshabener vor dem Krieg überhaupt keine Hochverrätereien hatte, die Hochverrätereien während des Krieges nur mit drei bis vier Dampfern flachte und heute ein Rohr nach Weinigung des Krieges bereits eine flächige Hochverrätereien mit 11 Dampfern darstellt, so muß man immerhin mit diesem Resultat lebhaft zufrieden sein.

Am Montag September wurden in Wilhelmshabener 10 000 Renner Röhre angebracht. Die Hochverrätereien besitzt eine eigene Hochverrätereien, eine größere Reparaturwerkstatt, hat eigene Hochverrätereien gebaut, eine eigene Hochverrätereien; ferner sind vorhanden eine Material- und Praxenliste. Es können sich die hiesige Hochverrätereien in durchaus möglicherweise Weise unterstützt hat ein großzügiger Hochverrätereien in das Ausland organisiert worden, so daß die Röhre von hier genau so schnell wie von Genua aus ins Binnenland befördert werden. Die Gründung einer Hochverrätereien ist in allererster Zeit in Aussicht genommen.

Es werden bei der Hochverrätereien bereits mehrere hundert Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Alle vorgenannten Anlagen sind bis zur endgültigen Klärung der Hochverrätereien als provisorisch zu betrachten; doch daß die Hochverrätereien schnell entschlossen die provisorische Anlage geschaffen, um bis zur Entschloßung der langwierigen Verhandlungen die Hochverrätereien fort bestehen zu können, stellt auf die Hochverrätereien, daß die Anlagen dadurch, daß sie nur provisorisch angelegt sind, unrentabel werden.

Wenn man all diesem Leben und Treiben der größte Teil der Wilhelmshabener Bevölkerung nichts hört und sieht, so liegt dies eben daran, daß die Hochverrätereien weit draussen am Ende der Königstraße liegt, daß die Röhre dort in den bereitstehenden Eisenbahnwaggons verladen und durch die Werft nach dem Güterbahnhof gerollt werden.

Es wird empfohlen, um sich von dem bisherigen Stande der Hochverrätereien ein Bild zu machen, einmal hinüberzuwachen und sich das Leben und Treiben anzusehen. Dann dürfte doch wohl mancher an der Unternehmung kommen, daß, wenn sich die hiesige Hochverrätereien auch nicht mit der in Genua, sondern auch die Röhre mit ihrem Werken, zwei Hochverrätereien sind und daß der Grundstein zu einer Hochverrätereien liegt. Sie ist nicht nur ein blühendes Hochverrätereien der Städte Wilhelmshabener-Mitbringen entwickelt wird.

Aus aller Welt.

Freunde Regel. Aus Berlin wird gemeldet: Die Chausseur Aktion und Herceot des Chef der französischen Militärmission, Generals Dupont, sind gestern nach 12 Uhr von der Grenze der Gruppe 3 der Sicherheitspolizei in der Wilhelmshabener, beidermaßen. Beide waren in völlig betrunkenem Zustande, beide hatten den Bankbeamten Hans Rudolf mit Revolver bedroht und empfielen die Streife an. Zur Rede gestellt, bedrohten sich auch die Streife mit ihrem Waffen, zwei Hochverrätereien sind bei der Streife und bezeugten, daß die Chausseur sich an einer Dame in der Wilhelmshabener betrogen und sie auf offener Straße geschloß haben. Die beiden Frauen wurden auf die Gensdarmen der Gruppe 3 der Sicherheitspolizei eingeleitet.

Paris im Frieden vor Strafen. Auf die Wohnort von Paris sind angeordnet nicht auf Not zu gehen. Ein Hochverrätereien der Straßburger Rhein Zeitung vom 20. Oktober 1918. Der 30. von 1. November 1918) selbst die Lage in ziemlich bitteren Worten. Es herrsche eine Silbergeldkrise, wie man sie noch nie erlebt hat. Preis- und Wertungsmärkte sind geläufige Angelegenheiten geworden. In den Straßen des Pariser werden Tausende der Metro beobachtet. In den Straßen und Gassen haben

Die Biermarken durchwegs erkannt. Das Biergeld wird ins Ausland verschoben, ohne daß die Regierung sich zu durchgreifenden Maßnahmen hat aufbringen können.

festgestellt werden konnte, während in Wirklichkeit bei der im Gesamtdurchschnitt zu angebundenen Kranzschleier nur ein Zustand völliger Erleuchtung vorlag.

statur durch Zuckungen wie beim Lebenden reagiert. Schließlich kann man den Scheintod auch durch Einwirkung von Fluorocin erkennen, das dann die Scheintode intensiver färbt.

Vermischtes.

Tod und Scheintod. In es bei dem heutigen Stande der Wissenschaft möglich, daß ein Scheintoter ins Grab gesenkt wird?

Petroleumverteilung. Am Mittwoch den 12. November pro Petroleumverteilung 90 Pf. in den Verteilungspunkten.

Arbeiter-Jugend Kuffingen.

Heute abend pünktlich um 8 Uhr findet ein Vortrag des Genossen Bäuerle über Die Entwicklung der Gewerkschaften statt.

Briefkasten.

N. W. 100. In beiden Fällen der Hausbesitzer.

Wettervorhersage.

Heute noch mäßiger Ost bis Stärke 4, bedeckt, Schneefall, leichter Frost.

Verantwortlich für Inhalt, Redaktion und den allgemeinen Teil: Josef R. Müller.

Kuffingen.

Nach Verlegung der Landesratsstelle ist die ursprüngliche vorgesehene Anzahl Menge von 9 Blinden.

Petroleumverteilung.

Am Mittwoch den 12. November pro Petroleumverteilung 90 Pf. in den Verteilungspunkten.

Bekanntmachung. Neue Richtpreise für Ziegelei-Erzeugnisse.

- Mit Wirkung vom 15. November bis auf weiteres gelten für den Bezirk Oldenburg folgende Richtpreise: A. Vor- und Hintermauersteine.

Advertisement for 'Erdal' featuring an illustration of a frog and the text 'Besser als Worte Überzeugt der Vergleich. Schlagend beweist er die Überlegenheit von Schuputz Erdal'.

Kuffingen.

Nach Verlegung der Landesratsstelle ist die ursprüngliche vorgesehene Anzahl Menge von 9 Blinden.

Petroleumverteilung.

Am Mittwoch den 12. November pro Petroleumverteilung 90 Pf. in den Verteilungspunkten.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 15. November bis auf weiteres gelten für den Bezirk Oldenburg folgende Richtpreise.

Wilhelmshaven.

Im Mitteilung des Amtsanwaltes des Bergmanns Hermann Bohmann, geb. am 7. 12. 1884 in Hamburg.

Wilhelmshaven.

Alle Transporte. Der Gemeindevorstand hat beschlossen, die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

Varel.

Am 7. November 1919. Amtsvorstand des Amtsverbandes Varel. Varel.

Wilhelmshaven.

Im Mitteilung des Amtsanwaltes des Bergmanns Hermann Bohmann, geb. am 7. 12. 1884 in Hamburg.

Gemeinde Schortens.

Die Gemeindebehörden und Ämter, die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

Varel.

Am 7. November 1919. Amtsvorstand des Amtsverbandes Varel. Varel.

Wilhelmshaven.

Im Mitteilung des Amtsanwaltes des Bergmanns Hermann Bohmann, geb. am 7. 12. 1884 in Hamburg.

Gemeinde Schortens.

Die Gemeindebehörden und Ämter, die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

Varel.

Am 7. November 1919. Amtsvorstand des Amtsverbandes Varel. Varel.

Wilhelmshaven.

Im Mitteilung des Amtsanwaltes des Bergmanns Hermann Bohmann, geb. am 7. 12. 1884 in Hamburg.

Gemeinde Schortens.

Die Gemeindebehörden und Ämter, die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

Varel.

Am 7. November 1919. Amtsvorstand des Amtsverbandes Varel. Varel.

Advertisement for 'la Ceylon-Tea' by 'Mrs. Leon Sina & Co.' with contact information.

Advertisement for 'Hansen & Gowers' in Wilhelmshaven, listing various services.

Advertisement for 'Maschinen-Oele' and 'Maschinen-Fette' by 'Hansen & Gowers'.

Advertisement for 'Bügel-Apparat' and other household items.

Advertisement for 'Grotz Stiefel' and other footwear.

Advertisement for 'Brennholz' and other wood products.

